

Don't shut up – Shut down!

Im November 2017 fand die Klimakonferenz COP23 in Bonn statt. Begleitet wurde diese von vielseitigem Protest: Demonstrationen, kreativen Aktionen, einem Alternativgipfel und einer Ende-Gelände-Massenaktion. Am 15.11.2017, dem dem Tag, an dem die „Klima“-Kanzlerin Merkel in ihrer Rede bei den Klimaverhandlungen mal wieder hohle Phrasen von sich gab, den Klimawandel zur Schicksalsfrage der Menschheit erklärte und versprach, Deutschland würde sich zur Einhaltung der Ziele „an die Arbeit machen“ ohne dabei ein Wort über einen baldigen Kohleausstieg zu verlieren – an diesem Tag drang eine Gruppe von Aktivist*innen in das Gelände des Braunkohlekraftwerks Weisweiler ein, besetzte dort mit technischen Hilfsmitteln über mehrere Stunden die Kohlezufuhr und erzwang dadurch das beinahe vollständige Abschalten des Kraftwerks. Das Kraftwerk musste im Laufe des Vormittags um 92% gedrosselt werden. Drei von vier Blöcken wurden ganz abgeschaltet. Damit wurde gezeigt: Es gehen nirgendwo die Lichter aus, auch wenn RWE und dem Konzern wohlgesonnene Politiker*innen das regelmäßigen behaupten.

Warum Kleingruppenaktionen?

Seit Jahren wächst die aktivistische Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland. Was vor acht Jahren mit Klimacamps und Kohlezugblockaden mit wenigen hundert Menschen begann, zieht inzwischen mehrere Tausend Menschen aus ganz Europa jedes Jahr ins Rheinland und andere Braunkohlereviere. Ende Gelände hat es geschafft, mit großen Massenaktionen Berichterstattung zur besten Sendezeit zu bekommen, damit viele Menschen über die Thematik zu informieren und zu empören. Das zeigt, dass Massenaktionen einen wichtigen

Beitrag leisten, um Themen in die Breite zu tragen. Aber sie sollten unser Meinung nach nicht die einzige Antwort der Klimagerechtigkeitsbewegung auf die globale Ungerechtigkeit und die fortlaufende Zerstörung von Lebensgrundlagen sein. Wir wünschen uns ein qualitatives Wachstum der Bewegung, das durch immer größere Massenaktionen nicht automatisch erreicht wird. Steigende Aktivist*innen-Zahlen bei Großaktionen bedeuten nicht unbedingt auch eine nachhaltige Organisation in Strukturen. Außerdem wird inzwischen schon ein Gleichbleiben der Zahlen medial und bewegungsintern als Misserfolg gewertet. Wir begrüßen deshalb, dass sich der Fokus in den letzten Jahren mit skillsharings, Unterstützung von Kleingruppenaktionen und vielen neugegründeten Klimagruppen zumindest ein Stück weit verlagert und mehr Aktivitäten in engen Bezugsgruppen sichtbar werden.

Aktivist*innen gehen dorthin und stören, wo die Scheiße passiert. Nicht nur in Braunkohlegebieten; auch überall sonst, wo der Kapitalismus, Rechtsruck, Sexismus und globale Ausbeutung dafür sorgen, dass Menschen und Tiere ihrer Lebensgrundlagen beraubt werden. Kleingruppen können dabei unberechenbarer vorgehen und zum Teil mit weniger Aufwand wirkungsvoller stören. Dabei können sie bedingungslos ihre Forderungen stellen und müssen nicht auf die Gemeinnützigkeit ihrer Bündnispartner*innen und das Wohlwollen von Geldgeber*innen Rücksicht nehmen. Auch die Leitlinien professioneller Pressearbeit müssen nicht strikt befolgt werden und es öffnet sich ein Spielraum für Experimente und den Aus- und Aufbau eigener Medien.

Warum wurde diese Aktion durchgeführt?

Mit der Aktion wollten die Aktivist*innen aktiv in die Klimazerstörung eingreifen. Dabei sollte auch gezeigt werden, dass es nicht viele Menschen braucht, um einen messbaren Effekt zu erreichen. Mit der

Ortswahl wollten sie das Spielfeld für Aktionen, das sich bisher (abgesehen von einer spontanen Kraftwerksbesetzung in der Lausitz) weitestgehend auf Tagebaue, Kohlebagger und die Zugverbindung beschränkt hatte, auf die Kohleversorgung im Kraftwerk erweitern. Andererseits wollten sie die internationale Medienpräsenz um die COP nutzen, um zu zeigen, dass die „Lichter“ selbst dann nicht „ausgehen“, wenn eines der größten Kohlekraftwerke Europas ausfällt.

2 Millionen Euro Schadensersatz? Portokasse?

Inzwischen sind die Repressionsorgane aktiv geworden. Fünf Aktivist*innen (alle anderen Beteiligten konnten nicht identifiziert werden) wird Hausfriedensbruch, Störung öffentlicher Betriebe und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vorgeworfen. Neu ist allerdings das RWE auch eine Schadensersatzklage in die Wege geleitet hat. Bescheidene zwei Millionen Euro soll ihre Anwaltskanzlei einklagen. Sowohl von der Klage wegen Hausfriedensbruch, als auch von der Forderung nach 2 Millionen Euro ist auch ein Fotograf betroffen, der die Aktion journalistisch begleitete.

Europas größter Klimakiller, dessen Kraftwerke weltweit Lebensgrundlagen zerstören, will also Millionen von einer Gruppe Menschen, die einen kleinen Teil des Schadens verhindert hat, den der Konzern jeden Tag anrichtet. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass RWE wirklich die Hoffnung hegt, von den Angeklagten auch nur einen Bruchteil der geforderten Summe zu bekommen. Sollte das Verfahren nach ihren Vorstellungen verlaufen, dürfte klar sein das die Aktivist*innen zahlungsunfähig sein werden. Warum also der ganze Aufwand? Es geht um Einschüchterung. Offensichtlich wollen sie Menschen unbedingt davon abhalten, in Zukunft vergleichbare Aktionen zu machen.